



Fraktion der SPD im Kreistag Düren

Büro Kreishaus: Zi. A 161
Fon 02421/22-1091200
Fax 02421/22-1091920
eMail spd@kreis-dueren.de

**Drs.Nr.
322/22**



Fraktion der FDP im Kreistag Düren

Büro Kreishaus: Zi. A 162
Fon 02421/22-1091600
Fax 02421/22-220
eMail fdp@kreis-dueren.de



Fraktion der UWG im Kreistag Düren

Büro Kreishaus: Zi. A 165
Fon 02421/22-1091500
Fax 02421/22-220
eMail uwg@kreis-dueren.de

Düren, den 25.08.2022

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und UWG für den

Kreisausschuss	voraussichtlich: 08.09.2022
Kreistag	voraussichtlich: 13.09.2022

Resolution

Arbeitsplätze schaffen. Prozesse beschleunigen. Wohlstand sichern.

Handlungsempfehlungen für einen gelingenden Strukturwandel im Rheinischen Revier!

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss/Kreistag beschließt folgende Resolution und beauftragt die Verwaltung sich bei den Institutionen in Bund und Land, bei der ZRR und anderen zuständigen Behörden für die Umsetzung der Positionen einzusetzen.

Sachverhalt:

Der Kreis Düren ist deutschlandweit der einzige Landkreis, der von drei aktiven Braunkohletagebaue betroffen ist. Damit sind wir wie kein anderer Kreis vom Strukturwandel im Zuge der Beendigung der Kohleverstromung betroffen. In etwa acht Jahren wird ein Wirtschaftszweig vollkommen wegbrechen, der über Jahrzehnte die Wirtschafts- und Sozialstruktur unseres Kreises geprägt hat. Damit verbunden ist der (drohende) Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen, entweder direkt in den Tagebauen und Kraftwerken, oder indirekt bei den zahl-

reichen Zulieferbetrieben. Gleiches gilt für hunderte Millionen Euros an Investitions- und Wertschöpfungsvolumen. Betroffen sind nicht nur alleine die direkten Anrainerkommunen, sondern auch die umliegenden Kommunen.

Um die großen Herausforderungen dieses unausweichlichen Transformationsprozesses meistern zu können, müssen zeitnahe Maßnahmen ergriffen werden, um dem Strukturwandel neue Impulse geben zu können. Nur so lassen sich die bevorstehenden Strukturbrüche mit einer fatalen Auswirkung auf unsere Heimat vermeiden. Wollen wir unseren Wohlstand für die Zukunft sichern, müssen jetzt alle Kräfte gebündelt werden, um Arbeitsplätze für alle Qualifikationsniveaus zu schaffen und Wertschöpfung zu generieren.

Hierzu brauchen unsere Städte und Gemeinden mehr Planungssicherheit und -freiheit. Komplizierte und bürokratische Verfahren müssen vereinfacht, Mehrfachstrukturen vermieden und die Infrastruktur im Revier gestärkt werden.

Daher fordern wir:

1. Sonderplanungszone schaffen!

Das Rheinische Revier muss zur Sonderplanungszone erklärt werden. Die Kommunen sind von den strikten Vorgaben und Entwicklungshemmnissen der Landes- und Regionalplanung zu befreien. Zum anderen müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren für unsere Revier-Kommunen deutlich vereinfacht und verkürzt werden, um die Umsetzung guter Projektideen und die Erschließung neuer Gewerbe- und Industriegebiete auch in der nötigen Geschwindigkeit gewährleisten zu können. Beim geplanten 5ha-Grundsatz in der Landesplanung ist das Rheinische Revier auszunehmen. Nur wenn sich hier neue Unternehmen ansiedeln oder bestehende ausdehnen können, kann der Wegfall von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durch den Kohleausstieg kompensiert werden.

2. Fördermittelvergabe vereinfachen!

Strukturwandelprojekte müssen schneller zur Genehmigungsreife gelangen. Das Sterneverfahren ist zu vereinfachen oder durch einen schlankeren und transparenteren Prozess zu ersetzen. Deutlich stärker als bisher muss zukünftig die Bindung von Fördermitteln an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen sein. Unerlässlich ist in diesem Zusammenhang die zeitnahe Schaffung einer beihilferechtskonformen Unternehmensförderung. Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) ist so zu stärken, dass sie als Partner von Kommunen und Unternehmen auftreten kann.

3. Heimische Unternehmen stärken!

Genauso wichtig wie die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen muss die Sicherung bereits existierender Ausbildungs- und Arbeitsplätze sein. Unsere Bestandsunternehmen haben mehr Unterstützung verdient. Die Stilllegung der Tagebaue und Kraftwerke kann für Unternehmen existenzbedrohend sein. Dabei sind klein- und mittelständischen Unternehmen ebenso relevant wie große Industriebetriebe. Daher sind die Beratungs- und Unterstützungsangebote deutlich auszuweiten. Vor dem Hintergrund explodierender Kosten müssen Möglichkeiten zur Absicherung von Investitionen in Innovation, Klimaschutz, Digitalisierung und andere Maßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels geschaffen werden.

4. (Digitale) Infrastruktur ausbauen!

Um ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben zu können, benötigt das Rheinische Revier mehr Investitionen in eine wettbewerbsfähige (digitale) Infrastruktur. Die Anbindung an die Wirtschafts- und Wissenschaftszentren im Westen und der Rheinschiene sind ein entscheidender Faktor. Ebenso müssen neue (großräumige) Ortsumgehungen weiterhin möglich sein. Auch ein ÖPNV mit mehr Linien und einer besseren Taktung darf nicht nur den Ballungszentren vorbehalten bleiben, sondern in die Fläche des ländlichen Raumes ausgerollt werden. Eine gute verkehrliche Anbindung über Straßen, Schienen und Radwege ist ebenso wichtig wie eine Beschleunigung des digitalen Netzausbaus. Wir brauchen im gesamten Revier schnelles Internet (Glasfaser) und stabilen Mobilfunk (5G). Die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte von Bund und Land sind daher zu beschleunigen und zu entbürokratisieren.

5. Masterplan Rheinisches Revier!

In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Pläne, Gutachten und Maßnahmenkonzepte erarbeitet worden. Unzählige Fachkonferenzen und Bürgerbeteiligungen haben stattgefunden. Der Wissensschatz über den Transformationsprozess im Rheinischen Revier ist riesig. Leider wurde er bisher nie gebündelt, verglichen und in ein finales Handlungskonzept überführt. Es braucht schnellstmöglich einen Masterplan für das Rheinische Revier! Als Koordinierungsstelle sehen wir die Zukunftsagentur Rheinisches Revier.

gez.
Rolf Hamacher
SPD Fraktion

gez.
Klaus Breuer
FDP Fraktion

.gez.
Georg Schmitz
UWG Fraktion

F.d.R.

Peggy Burtscheidt
Fraktionsassistentin